

Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg  
Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg

## **Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 und den Stalinismus als ein Baustein des demokratischen Grundkonsenses**

Einführungsreferat zu der unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Landtages Brandenburg stehende Diskussionsveranstaltung „Feind ist, wer anders denkt!“ von Kulturland Brandenburg e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Stalinismus“ am 17. Juni 2009 in der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg, mit Sylvia Haas und Irina Liebmann, moderiert von Wolfram Hülsemann

Wir befinden uns in einem Jahr, in dem wir die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 60 Jahren und das 20-jährige Jubiläum der zur deutschen Wiedervereinigung führenden friedlichen Revolution in der DDR festlich begehen. Die allgemeine Feierstimmung vermag jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die Weltwirtschaftskrise unsere Demokratie dazu zwingen könnte, den Beweis dafür anzutreten, dass sie sich auch dann bewährt, wenn sie der Mehrheit der Deutschen nicht mehr als ein Synonym für wirtschaftlichen Wohlstand erscheint. Bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern ist dies schon seit längerem der Fall, weil sich ihre an den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik geknüpften persönlichen wirtschaftlichen Erwartungen nicht erfüllt haben. Bei diesen vermeintlichen oder tatsächlichen Verlierern der Wiedervereinigung wird aber ausgeblendet, dass die DDR zurzeit des Umbruchs vor 20 Jahren auch wirtschaftlich bankrott war. Damit wäre das alte System nicht mehr in der Lage gewesen, das Gefühl der sozialen Absicherung zu vermitteln, dem heute viele nachtrauen. Für DDR-Nostalgie besteht also kein Anlass, zumal die DDR kein Rechtsstaat war, wie er in Artikel 20 unseres Grundgesetzes definiert ist.

Doch selbst dessen 60-jähriges Jubiläum lässt keine allgemeine Freude der Deutschen darüber aufkommen, in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben. Vielmehr ist schon vor Bekanntwerden des Bankenskandals in ganz Deutschland eine Demokratieverdrossenheit diagnostiziert worden, die sich in geringen

Wahlbeteiligungen niederschlägt. Dies ist den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt als in den alten; ebenso wie die Gefährdung unserer Demokratie durch Neonazis, was bereits durch deren Präsenz in drei ostdeutschen Landtagen belegt wird.

Denjenigen, die unser Gesellschaftssystem gering achten oder sogar ablehnen, muss immer wieder die Erkenntnis von Winston Churchill (1874-1965) – bedeutendster britischer Staatsmann des 20. Jahrhunderts - entgegen gehalten werden, dass die Demokratie zwar eine schlechte Staatsform sei, es aber leider keine bessere gebe. Daher sollten wir uns zur Demokratie bekennen und sie aktiv gegen ihre Gegner verteidigen, und zwar gemeinsam. Das ist nun leichter gesagt, als getan, weil ein Wesensmerkmal der Demokratie der Streit ist, den man nicht als Parteiengozänke diffamieren sollte. Denn der Streit garantiert zwar nicht ein optimales Ergebnis, aber er ermöglicht es.

Eine funktionierende Demokratie bedarf aber gleichwohl gerade in Krisenzeiten eines gelebten Grundkonsenses aller Demokraten, und das scheint mir neben der Demokratieverdrossenheit unser zweites Hauptproblem zu sein.

Diese Problematik erschließt sich bei Betrachtung des Spektrums der Demokraten: Dieses reicht von gewandelten DDR-Systemträgern über bis zum Ende der DDR dort ausharrende Mitläufer oder Kritiker der SED-Diktatur, nur noch zum Teil in der DDR Sozialisierte, reine Nachwendekinder bis hin zu ehemaligen Bürgern der alten Bundesrepublik. Darunter befinden sich auch auf ihre demokratische Standfestigkeit ungeprüfte „Besserwessis“, die mit der von ihnen betriebenen Entwertung von DDR-Biografien verkennen, dass in einer Diktatur nur die Wenigsten einer Verstrickung in das System vollständig zu entrinnen vermögen, und die ehemaligen Bürger der DDR mit der friedlichen Revolution von 1989 kollektiv die größte Leistung in der Geschichte der deutschen Demokratie erbracht haben. Stolz darauf sein können nämlich nicht nur die verhältnismäßig wenigen DDR-Bürgerrechtler, deren mutiger Protest die friedliche Revolution auslöste, sondern auch diejenigen, die Teil der zum Erfolg führenden Massenbewegung waren. Dazu gehörten schon zu einer Zeit, als der Ausgang des Unternehmens noch ungewiss war, auch enttäuschte Mitglieder der

das alte System tragenden Parteien, die daher einen Anteil am politischen Umbruch in der DDR haben und nicht als „*Wendehälse*“ gescholten werden dürfen.

Die skizzierte Vielfalt des demokratischen Spektrums im wiedervereinigten Deutschland führt zu dem Ergebnis, dass an den Grundkonsens der Demokraten nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden dürfen, weil er sonst nicht hergestellt werden könnte. Meines Erachtens besteht er lediglich in der Anerkennung der Grundrechte und dem Bekenntnis zur demokratischen Staatsform. Dies beinhaltet die Verwerfung beider deutscher Diktaturen des 20. Jahrhunderts, wobei man die NS-Diktatur schon wegen der von ihr begangenen Massenmorde nicht mit der SED-Diktatur gleichsetzen darf. Für den natürlich zulässigen Vergleich gilt, das NS-Unrecht nicht zu relativieren und das SED-Unrecht nicht zu bagatellisieren.

Die gebotene gesellschaftliche Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen muss auch in den Familien erfolgen und die Auseinandersetzung mit der eigenen persönlichen Verstrickung in das System unter Einbeziehung von Kindern und Enkelkindern umfassen. Was das NS-Unrecht betrifft, hat sich eine derartige Aufarbeitung aus biologischen Gründen schon weitgehend erledigt, ohne allerdings in beiden deutschen Staaten zuvor im gewünschten Umfang stattgefunden zu haben. Während die Bürger der DDR von ihrer Staats- und Parteiführung von der Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen kollektiv freigesprochen wurden, erfolgte die gesellschaftliche Aufarbeitung in der alten Bundesrepublik mit einem unbefriedigenden Ergebnis, worin eine Ursache des Protestes der sogenannten 68iger zu sehen ist. Innenminister Schönbohm ist voriges Jahr zu Unrecht dafür gescholten worden, dass er vor einer Wiederholung dieses Fehlers gewarnt und die gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit angemahnt hat. Von diesem Appell sollten sich aber nicht nur die ehemalige Mitglieder der SED angesprochen fühlen, sondern auch die der DDR-Blockparteien, denn deren fragwürdige Fusion mit West-CDU und West-FDP im Jahr 1990 darf nicht über die systemtragende Funktion dieser im DDR-Volksmund „*Blockflöten*“ genannten Parteien hinwegtäuschen. Das Schicksal von Frank Schleusener, über das wir noch hören werden, ist hierfür der beste Beweis.

Als Fehler der bisherigen Aufarbeitung erscheint mir, dass viele das Ministerium für Staatssicherheit voreilig zum alleinigen Sündenbock gemacht und so davon abgelenkt haben, dass es „*Schwert und Schild der Partei*“ war und vielfach im Auftrag von SED-Funktionären tätig wurde, wenngleich die meisten SED-Mitglieder keine Kenntnis über den Umfang der Bespitzelung hatten und viele nach dem politischen Umbruch entsetzt darüber waren, was im Namen ihrer Partei geschehen war. Auch eignet sich die große Anzahl von Inoffiziellen Mitarbeitern in der DDR nicht zur Diskriminierung der DDR-Bevölkerung. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Das MfS war auf die Anwerbung von Spitzeln im hohem Maße angewiesen und musste deren Zahl nach Beginn der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel in der Bundesrepublik 1969 nochmals deutlich erhöhen, weil die Bevölkerung der DDR von selbst nicht zum Denunzieren von Abweichlern neigte. Im signifikanten Unterschied zur gesamtdeutschen Bevölkerung der NS-Diktatur, sodass die Gestapo mit einem vergleichbar geringen Anteil von angeworbenen Spitzeln auskam. Ein weiterer Fehler bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist schließlich, diese nur als ein Problem ehemaliger DDR-Bürger zu betrachten. Dazu gehört nämlich auch die Beantwortung der Frage, wie viele Bürger der alten Bundesrepublik für das MfS spitzelten, obwohl sie nicht unter dem Druck einer Diktatur lebten. Dass man in Berlin nach der Wiedervereinigung nur aus der DDR stammende Polizisten „*gaucken*“ ließ, ist nur ein Beispiel für diese gesamtdeutsche Fehlleistung.

So schmerzlich der Prozess der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit für den Einzelnen auch sein mag, so wichtig ist er für die Realisierung eines breiten demokratischen Grundkonsenses im wiedervereinigten Deutschland. Dafür ist es allerdings erforderlich, dass Ausgrenzungen aus dem Kreis der Demokraten nicht leichtfertig erfolgen und auf die Diffamierung von politischen Gegnern innerhalb des demokratischen Spektrums aus wahlstrategischen oder wahltaktischen Gründen verzichtet wird. Dies beinhaltet, dass auch Funktionsträger der ehemaligen DDR und Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, die sich von ihrer früheren Tätigkeit glaubhaft distanziert haben und offen mit ihrer Vergangenheit umgehen, Platz im Kreis der Demokraten des wiedervereinigten Deutschlands haben können. Was die Bewertung von IM-Tätigkeiten betrifft, kommt es allerdings auf jeden Einzelfall an, wobei das

Spektrum von der zur Abschaltung führenden Lieferung unbrauchbaren Materials bis hin zu ekelerregenden Denunzierungen reicht.

Vor diesem Hintergrund eignet sich die Erinnerungskultur bezüglich des 17. Juni 1953 ganz besonders als Baustein des Grundkonsenses der Demokraten, weil sich in der Bewertung der damaligen Ereignisse auch Menschen einig sein können, die sich über die Beurteilung heutiger Ereignisse im demokratischen Meinungsstreit befinden. Da auf den Aufstand vor 56 Jahren mit stalinistischen Praktiken reagiert worden war, ermöglicht diese Erinnerungskultur zudem eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Stalinismus, bei dessen Bewertung wiederum die gemeinsame Schnittmenge groß sein dürfte.

Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war der 17. Juni in der Bundesrepublik der Tag der Deutschen Einheit, während er für die Staats- und Parteiführung der DDR der Versuch eines „faschistischen Putsches“ mit Unterstützung „*monopolkapitalistischer und junkerlicher Kreise Westdeutschlands als Helfer des amerikanischen Imperialismus*“ war.

Das sahen damals aber selbst bekennende Kommunisten anders. So Bertolt Brecht, in dessen Nachlass sich das Gedicht „*Die Lösung*“ fand:

*Nach dem Aufstand des 17. Juni  
ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes  
in der Stalinallee Flugblätter verteilen,  
auf denen zu lesen war, dass das Volk  
das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
und es nur durch verdoppelte Arbeit  
zurückerobern könne. Wäre es da  
nicht einfacher, die Regierung  
löste das Volk auf  
und wählte ein anderes?*

Der damalige DDR-Justizminister Max Fechner erklärte in einem Interview, dass diejenigen, die lediglich Streiks organisiert oder sich daran beteiligt hätten, nicht strafrechtlich verfolgt werden würden, weil sie von ihrem durch die Verfassung

garantierten Streikrecht Gebrauch gemacht hätten. Er wurde umgehend seines Amtes enthoben, verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Als größte Sündenböcke bestimmte die Staatspartei aber in einem in der Geschichte der SED beispiellosem Tribunal Rudolf Herrstadt, den Chefredakteur der Parteizeitung Neues Deutschland, und Wilhelm Zaisser, den ersten Minister für Staatssicherheit; im spanischen Bürgerkrieg der legendäre General Gómez, dessen damaliger Adjutant und spätere Nachfolger im Amt Erich Mielke sich nicht im Kampf an der Front, sondern dabei bewährt haben soll, anarchistische und trotzkistische Abweichler in den eigenen Reihen aufzuspüren und zu liquidieren.

Herrstadt und Zaisser gehörten zu den Mitgliedern des Zentralkomitees der SED, die für mehr Demokratie plädiert, den Aufstand als Ergebnis der vom Personenkult geprägten Politik Walter Ulbrichts betrachtet und seinen Rücktritt als Parteichef gefordert hatten, wofür sich auch die Mehrheit in der Politbürositzung vom 7. auf den 8. Juli 1953 ausgesprochen hatte. Dann aber wird Ulbricht nach Moskau beordert, wo er erfährt, dass sein mächtiger Kritiker im sowjetischen Politbüro, der Geheimdienstchef Berija, verhaftet worden ist und man dort seinen Rücktritt nicht mehr will. Zu Haus rechnet Ulbricht nun mit seinen Kritikern ab. Herrstadt und Zaisser wird „*Fraktionsbildung*“ und „*Sozialdemokratismus*“ vorgeworfen. Sie verlieren zunächst ihre Sitze im Zentralkomitee und werden dann aus der Partei ausgeschlossen. Rudolf Herrstadt wird bis zu seinem Tod 1966 im Zentralarchiv der DDR arbeiten. Sein Chef in dieser Abschiebestation wird 1959 Karl Schirdewan werden, nachdem dieser selbst mit einem „*Aufstand gegen Ulbricht*“ – so der Titel seines 1994 erschienenen, schönfärberischen Buches – gescheitert war. Auf dem 4. Parteitag der SED 1954 hatte Schirdewan aber Zaisser und Herrstadt noch als „*Verräter an der Sache der Arbeiterklasse und der Partei*“ bezeichnet, was in der Sprache der Partei der Ruf nach der Todesstrafe war.

Mehr über Rudolf Herrstadt werden wir nachher von seiner Tochter, der Berliner Schriftstellerin Irina Liebmann, erfahren, die ich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich begrüße. Sie hat mit ihrem ergreifenden Buch „*Wäre es schön? Es wäre schön!*“ über ihren Vater voriges Jahr den Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse erhalten. Über das Schicksal von Wilhelm Zaisser heißt es darin:

*„Am 3. März 1958 stirbt Wilhelm Zaisser. Seit dem 26. Juli 1953, als er im Zentralkomitee zusammenbrach hatten sich die beiden nie wieder gesehen. Nur über Zaiszers Tochter, die in Halle wohnte, hatte Herrstadt Kontakt zu Zaisser gehalten. So erfuhr er auch davon, dass die SED dem Herzkranken immer wieder gezielt Aufregungen zugefügt hatte, die seinen Zustand verschlimmerten, noch im Krankenhaus war Zaisser attackiert worden. Herrstadt nannte es Mord.“*

Den Volksaufstand des Jahres 1953 hat der frühere Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel und überzeugte Demokrat Frank Schleusener, den die Nazis aus dem Amt des preußischen Finanzstaatssekretärs gejagt hatten und der als Mitglied der CDU Vorsitzender des Verfassungsausschusses und Vizepräsident des 1946 frei gewählten Landtages Brandenburg war, nicht mehr erlebt. Er starb unter ungeklärten Umständen im April 1950 in einem Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in Potsdam, weil er sich der Gleichschaltung der CDU mit der SED widersetzt hatte und schließlich aus dieser sogenannten Blockpartei ausgetreten war. Landtagspräsident Gunter Fritsch hat mit der Übernahme der Schirmherrschaft über diese Veranstaltung auch seinen Respekt für Schleusener als früheren Vizepräsidenten des Landtages Brandenburg zum Ausdruck gebracht.

Zum ehrenden Gedenken an Frank Schleusener hängt sein Bild im Eingangsbereich dieser Behörde. Seine Enkelin, Prof. Dr. Sylvia Haas, und deren Ehemann, die ich ebenfalls nochmals ganz herzlich begrüße, arbeiten zurzeit an einem Buch über diesen vorbildlichen deutschen Demokraten, über den wir nachher mehr hören werden.

Wir haben heute Vormittag derjenigen Demonstranten gedacht, die am 17. Juni 1953 gewaltsam in das damalige Kreisgericht eingedrungen waren und an dieser Stelle, wo wir uns heute versammelt haben, vor der früheren Untersuchungshaftanstalt die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert hatten, woraufhin 42 Häftlinge frei kamen.

Neben der Gedenktafel, die an dieses Ereignis erinnert, haben wir heute auch eine Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus enthüllt.

Warum nicht für die Opfer des 17. Juni 1953?

Weil an diesem Tag auch Täter zu Opfer wurden. So wurde Wilhelm Hagedorn in Rathenow von Demonstranten gelyncht, weil er als Spitzel der sowjetischen Militäradministration viele Menschen denunziert hatte. Der für seine harten Urteile verhasste Direktor des Kreisgerichts Brandenburg-Stadt Benkendorff entging nur knapp diesem Schicksal, und der in diesem Gebäude tätig gewesene Staatsanwalt Bechtel wurde von den Demonstranten misshandelt. Diese Übergriffe waren zwar Unrecht und sind zu bedauern, doch die am 17. Juni 1953 zu Opfern gewordenen Täter sollten durch eine missverständliche Gedenktafel nicht in ein ehrendes Gedenken einbezogen werden können.

Vielmehr wollen wir derer gedenken, die wegen der Wahrnehmung von Grundrechten Opfer der von stalinistischen Praktiken geprägten Reaktion des Staatsapparates wurden, indem sie ihr Leben oder ihre Freiheit verloren oder in sonstiger Weise verfolgt wurden.

Die nach dem sowjetischen Diktator Josef Stalin benannten Praktiken endeten nämlich nicht mit dessen Tod im März 1953, sondern die Abkehr davon begann frühestens mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Nikita Chruschtschow in einer fünfstündigen Rede mit dem Personenkult und den Massenmorden seines Vorgängers abrechnete. Es ist erschreckend, dass heute in Russland Stalin nicht als mehr paranoide Massenmörder, sondern wieder als großer Führer und Garant nationaler Stärke dargestellt wird. Darauf hat der ehemalige Stalinist Wolfgang Leonhard mit seinem kürzlich erschienenen Buch *„Anmerkungen zu Stalin“* reagiert, das mit folgendem Satz endet: *„Solange die Verbrechen Stalins nicht als Teil der eigenen Geschichte anerkannt werden, ist der Weg zu einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft in Russland nicht möglich.“*

Wodurch wird das Phänomen des Stalinismus charakterisiert, der auch in Deutschland mit schwerstem Unrecht, wenn auch nicht mit Massenmorden verbunden war?

Die Schriftstellerin Christa Wolf schreibt im Vorwort eines 1990 erschienenen Buches über Walter Janka - der 1953 Leiter des Aufbau-Verlages in Ost-Berlin wurde und 1956 in einem Schauprozess wegen *„konterrevolutionärer Verschwörung“* zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war - die Grundposition des Stalinismus sei gewesen: *„Der Zweck heiligt die Mittel“*.



Wozu das führen konnte, hat mir der aus der DDR stammende Schriftsteller Hartmut Lange vor vielen Jahren mit einer kleinen Geschichte eindrucksvoll vor Augen geführt:

In den 50iger Jahren warnt die sowjetische Propaganda vor allgegenwärtigen amerikanischen Spionen. Doch keiner kann gefasst werden. Da bittet die Partei eine besonders linientreue junge Kommunistin um einen großen Gefallen: Sie solle sich als amerikanische Spionin ausgeben und als solche verurteilen lassen, um dem amerikanischen Imperialismus eine Schlappe beizubringen. Sie sträubt sich zunächst voller Entsetzen, lässt sich dann aber überzeugen und wird dafür belobigt. Es folgt ihre Verurteilung in einem Schauprozess und dann: ihre Hinrichtung.

An diese Geschichte fühlte ich mich erinnert, als mich der frühere Fernsehdirektor des RBB, Gabriel Heim, auf das Schicksal von Ernest Wilkan aufmerksam machte. Ein Jude im kommunistischen Widerstand gegen Hitler und Überlebender von Auschwitz, dem in der DDR als Mitglied der SED 1946 die Leitung von zwei Tuchfabriken in Luckenwalde übertragen worden war. Als 1948 Sündenböcke für die schlechte Wirtschaftslage benötigt werden, wählt man Wilkan als Opfer des ersten von der SED-Landesleitung Brandenburg inszenierten Wirtschafts-Schauprozesses unter bewusster Ausnutzung der in der Bevölkerung präsenten antisemitischen Stimmung aus. Wilkan wird trotz haltloser Vorwürfe als „*Textilschieber*“ und „*ausgesuchter Volksverderber*“ zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und nimmt sich 1949 im Zuchthaus Luckau das Leben. Der Gesandte der Botschaft Israels hat am 18. März eine Gedenktafel für ihn in diesem Gebäude enthüllt.

Stalinistische Denkweise bedeutet also zunächst, dass sich die Partei im Besitz der absoluten Wahrheit befindet, was Louis Fünberg in seinem 1950 entstandenen „*Lied der Partei*“ zum Ausdruck gebracht hat, dessen Refrain lautet: „*Die Partei, die Partei, die hat immer Recht!*“. Im Januar 1949 hatte die SED nämlich den zuvor von ihr propagierten „*besonderen deutschen Weg zum Sozialismus*“, der in der Vereinigung von KPD und SPD und der Gründung von bürgerlichen Parteien als Teil des „*antifaschistisch-demokratischen Blocks*“ in der Sowjetischen Besatzungszone zum Ausdruck gekommen war, aufgegeben und die Umwandlung der SED zu einer

„Partei neuen Typus“, zu einer „*marxistisch-leninistischen Kampfpartei unter dem Banner von Marx, Lenin und Stalin*“ beschlossen. Das bedeutete, dass sich die SED nun wie die KPdSU als allmächtige Staatspartei verstand und nicht nur für legitimiert hielt, die zu verfolgenden Ziele zu bestimmen, sondern auch alle zu deren Erreichen geeigneten Mittel einzusetzen. Dies beinhaltete sogar die Opferung von „*Genossen*“, wenn dies zweckdienlich erschien. Daraus erschließt sich, wie gering die Schwelle war, diejenigen als Feinde auszuschalten, die von der Parteiführung getroffene Entscheidungen kritisierten oder gar den Machtanspruch der Partei nicht anerkannten. So erklärt sich, dass kommunistische Abweichler nicht viel anders behandelt wurden als erklärte Antikommunisten: „*Feind ist, wer anders denkt!*“ - anders als die Partei, d.h. die Parteiführung. Aber selbst dort fanden keine demokratischen Entscheidungsfindungen statt, sondern der Parteichef, der dem Zentralkomitee der Partei und dessen Politbüro in Personalunion vorstand, diktierte die Parteilinie. Damit war der Parteichef der mächtigste Mann im Staat und der Personenkult um ihn systemimmanent. In Gefahr geriet er nur, wenn sein Kurs von dem seines sowjetischen Kollegen abwich, was 1970 zu der Entmachtung des Altstalinisten Walter Ulbricht führte.

Wann endete der Stalinismus in Deutschland?

Nochmals Christa Wolf in ihrem am 28. Oktober 1989 geschriebenen Text:

*„Nun haben die unsittlichen Mittel den Zweck zersetzt. Nicht nur Institutionen sind ausgehöhlt, auch die Werte, die sie verkörpern sollten, zerfielen in der langen Erosionsperiode, die hinter uns liegt. Die Krise, die aufgebrochen ist, signalisiert auch einen geistig-moralischen Notstand unserer Gesellschaft, der nicht so schnell zu beseitigen sein wird, wie ein Versorgungsnotstand oder ein Reisedefizit.“*

Der im Dezember 2000 tödlich verunglückte Vordenker der früheren PDS, Michael Schumann, überschrieb sein Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989 mit: „*Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!*“, das auch er bis zur friedlichen Revolution in der DDR für wirksam hielt.

Es gibt heute in der Linkspartei - wie schon damals in der PDS - Kräfte, die die Auffassung von Michael Schumann nicht teilen und die auch nicht mit einem Gedenken an die Opfer des Stalinismus einverstanden sind. Dazu gehören aber nicht die Stadtverordneten der Linkspartei in Brandenburg an der Havel, deren Fraktionsvorsitzender die Anregung zur Anbringung einer Tafel zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus am Gebäude der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Kreisgerichts Brandenburg-Stadt gegeben hat. Die Stadtverordneten haben am 24. Februar mit nur einer Gegenstimme einen entsprechenden Beschluss gefasst, sodass die Gedenktafel heute feierlich enthüllt werden konnte. Während bisher die Gedenkveranstaltungen an einem Gedenkstein für die *„Opfer des sowjetischen Geheimdienstes von 1945 bis 1950“* stattfanden, haben wir der Opfer heute an einem authentischen Gedenkort des 17. Juni 1953 gedacht, und es ist in Brandenburg an der Havel auch der Bedeutendste, was die Stadt bereits vor zwei Jahren durch Aufstellen einer Informationsstele vor dem Gebäude zum Ausdruck gebracht hat.

Nicht nur die beiden Gedenktafeln im Hinterhof der heutigen Generalstaatsanwaltschaft und die Stele davor erinnern an die besondere Bedeutung, die dieses Gebäude am 17. Juni 1953 erlangt hat, sondern auch die im Gebäudeinneren befindliche Dauerausstellung *„Der 17. Juni 1953 in der Stadt Brandenburg an der Havel“*, die die Generalstaatsanwaltschaft als Dauerleihgabe vom Städtischen Museum erhalten hat. Dieser Ausstellung liegt das vorzügliche, von Dr. Burghard Ciesla herausgegebene Buch *„Freiheit wollen wir!“* zu Grunde, das sich mit den Geschehnissen am 17. Juni 1953 in den damaligen Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam befasst. Für Schulklassen ist die Ausstellung in der Generalstaatsanwaltschaft übrigens nach Vereinbarung ganzjährig zugänglich.

Für die Bevölkerung wird dieses Gebäude künftig immer am 17. Juni zugänglich sein, weil dies von nun an der Tag der Offenen Tür der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg ist, sofern es sich dabei um einen Arbeitstag handelt. Dann sollen sich vor allem die Bürger der Stadt Brandenburg dort einfinden, wo Brandenburger Bürger am 17. Juni 1953 gewaltsam in das damalige Kreisgericht eingedrungen waren. Ich werde mich bemühen, am Tag der Offenen Tür jeweils eine Informationsveranstaltung zu organisieren, um an einem authentischen

Erinnerungsort eine offene Auseinandersetzung mit dem in die schlimmste Phase des Stalinismus in Deutschland fallenden Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zu ermöglichen und so einen Beitrag zu leisten, den Grundkonsens der Demokraten zu stärken.

Ich bedanke mich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Verein Kulturland Brandenburg, das dieses Jahr dem Thema „*Demokratie*“ widmet, für die gemeinsame Organisation der heutigen Veranstaltung sowie Landtagspräsident Gunter Fritsch für die Übernahme der Schirmherrschaft und freue mich, nun das Wort an unseren Moderator Wolfgang Hülsemann weiterzugeben, der als ehemaliger Ost-Berliner Stadtjugendpfarrer und langjähriger Chef der Mobilen Beratungsteams in Brandenburg den Umgang mit schwierigen Themen gewohnt ist. Er weiß aber auch aus persönlicher Erfahrung, was Stalinismus bedeutet und wie weit dessen Wirkungen reichen. Er wird nun die Leitung der heutigen Veranstaltung übernehmen, in deren Mittelpunkt die Eindrücke von Sylvia Haas und Irina Liebmann als zwei vom Stalinismus familiär betroffenen Frauen stehen werden, woran sich hoffentlich eine sachdienliche Diskussion anschließen wird. Ich wünsche mir, wir könnten diese Veranstaltung später mit der Hoffnung verlassen, dass die innere Einheit Deutschlands noch vor dem Tod der letzten vollendet sein wird, die die Teilung bewusst miterlebt haben.